

Regierungsratsbeschluss

vom 13. August 2024

Nr. 2024/1250

Finanzausgleich der Kirchgemeinden Rechenschaftsablage 2022 der Kantonalorganisationen über die Verwendung des Anteils nach § 19 Abs. 1 FIAG KG

1. Ausgangslage

§ 19 Abs. 6 des Gesetzes über den Finanzausgleich der Kirchgemeinden vom 19. März 2019 (FIAG KG; BGS 131.74) stellt die Verwendung des anteilmässigen Gesamtverteilungsbetrags der Kantonalorganisationen unter Aufsicht des Regierungsrates. Dem Regierungsrat ist nach den Ausführungsbestimmungen des für das Rechnungslegungsmodell zuständigen Departements (§ 137 Abs. 2 Gemeindegesetz vom 16. Februar 1992; GG; BGS 131.1) jährlich ein Rechenschaftsbericht über die anteilmässige Verwendung des Gesamtverteilungsbetrags abzulegen. Unter Ziffer 23.7 dieser Ausführungsbestimmungen finden sich Bestimmungen zur spezifischen Rechnungslegung und Rechenschaftsablage der Kantonalorganisationen.

2. Erwägungen

2.1 Dem Regierungsrat wird zum dritten Mal die Rechenschaftserstattung nach der seit 1. Januar 2020 in Kraft gesetzten Gesetzgebung über den Finanzausgleich der Kirchgemeinden zur Beschlussfassung vorgelegt.

2.2 Für das Kalenderjahr 2022 weisen die Kantonalorganisationen in ihren Geschäftsberichten die folgende Mittelverwendung aus:

Rubrik	Kantonalorganisationen			Total
	römisch-katholisch	christ-katholisch	evangelisch-reformiert	
Verwaltungsaufwand	159'639.60	11'572.55	142'070.43	313'282.58
Beiträge an Fach- und Arbeitsstellen	1'381'983.62	9'866.75	670'977.45	2'062'827.82
Beiträge an Drittorganisationen	631'682.35	12'405.05	494'690.30	1'138'777.70
Investitionsbeiträge an Kirchgemeinden	143'545.00	10'353.06	176'005.00	329'903.06
Abgrenzungen*	-2'135.37	7'567.89	131'140.47	136'572.99
Gesamtverteilungsbetrag der Kantonalorganisationen	2'314'715.20	51'765.30	1'614'883.65	3'981'364.15

* Die Position «Abgrenzungen» versteht sich als Saldogrösse und beinhaltet beispielsweise Auflösungen von altrechtlichen Rücklagen (Investitionsbeiträgen), zusätzliche Mittelverwendung finanziert aus Zinserträgen oder Veränderungen bei den Wertberichtigungen.

2.3 Für die Rechenschaftsberichte 2022 liegen die jeweiligen Berichte der Rechnungsprüfungsorgane vor, welche – ohne auf den Sachverhalt nach Ziffer 2.4 speziell einzugehen – die Ordnungsmässigkeit und die Rechtmässigkeit der Buchführung zur jeweiligen Finanzausgleichsrechnung bestätigen.

- 2.4 Mit der geltenden Gesetzgebung sind jährlich geltende Maximalgrenzen in den Bereichen der Investitionsbeiträge an Kirchgemeinden sowie des Verwaltungsaufwandes festgelegt worden:
- 2.4.1 So sind die *Investitionsbeiträge* auf 20 % des bereinigten Gesamtverteilungsbetrags limitiert (vgl. Ziffer 23.7.2.4 Bst. a Ausführungsbestimmungen). Damit will der Gesetzgeber sicherstellen, dass die Gesamtverteilungsbeträge überwiegend für gesellschaftliche regionale und kantonale Aufgaben oder Aufgaben mit gesellschaftlichem Charakter zur Verfügung stehen, welche von oder im Auftrag der Kantonalorganisationen erfolgen (§ 9 Verordnung über den Finanzausgleich der Kirchgemeinden vom 21. Oktober 2019; FIAV KG; BGS 131.741).
- 2.4.2 Weiter darf gemäss Ziffer 23.7.2.5 der Ausführungsbestimmungen der aus dem Gesamtverteilungsbetrag finanzierte *Verwaltungsaufwand* der Kantonalorganisationen aktuell maximal 8 % vom anteiligen Gesamtverteilungsbetrag betragen. Diese Vorgabe gilt für die Rechnungsabschlüsse bis 2023. In der Praxis hat sich der Schwellenwert als zu tief herausgestellt und ist auf das Rechnungsjahr 2024 nach oben hin angepasst worden.
- 2.4.3 Mit der Überprüfung dieser Grenzwerte sind bei der christkatholischen Kantonalorganisation bezüglich den Ziffern 2.4.1 und 2.4.2 und bei der evangelisch-reformierten Kantonalorganisation bezüglich der Ziffer 2.4.2 Überschreitungen festgestellt worden. Die Abweichungen unter Ziffer 2.4.2 sind auch im Kontext der beschlossenen, aber noch nicht in Kraft gesetzten Erhöhung zu würdigen und sind folglich akzeptierbar. Bezüglich Ziffer 2.4.1 ist die Überschreitung des Maximalbestandes von 2'314.51 Franken infolge Unwesentlichkeit zu tolerieren.
- 2.5 Die Rechenschaftsberichte der drei Kantonalorganisationen wurden vom Amt für Gemeinden weiter hinsichtlich der Zweckverwendung des zur Verfügung stehenden Gesamtverteilungsbetrags nach § 9 FIAV KG stichprobenweise geprüft. Ungereimtheiten sind in Abklärung und werden den Kantonalorganisationen angezeigt. Weitere Prüfungshandlungen gemäss § 157 Abs. 4 und 5 GG bleiben jedoch stets vorbehalten.

3. **Beschluss**

Gestützt auf § 19 Abs. 6 FIAG KG wird der Ausweis über die Verwendung der anteilmässigen Gesamtverteilungsbeträge durch die römisch-katholischen, die christkatholischen und die evangelisch-reformierten Kantonalorganisationen im Jahr 2022 genehmigt.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement

Amt für Gemeinden, Gemeindefinanzen (2)

Römisch-katholische Synode des Kantons Solothurn, Urs Umbricht, Lehnmattestrasse 40,
4573 Lohn-Ammannsegg (2; 1 Ex. an Rechnungsführung)

Evangelisch-reformierte Kirche des Kantons Solothurn, Evelyn Borer, Grundackerstrasse 7,
4143 Dornach (2; 1 Ex. an Rechnungsführung)

Bezirkssynode Solothurn der reformierten Kirche Bern-Jura-Solothurn, Barbara Fankhauser,
Florastrasse 15, 4500 Solothurn (2; 1 Ex. an Rechnungsführung)

Christkatholischer Synodalverband des Kantons Solothurn, Erika Schranz, Allmendstrasse 35,
4658 Däniken (2; 1 Ex. an Rechnungsführung)

SIKO Solothurnische Interkonfessionelle Konferenz, Rudolf Köhli-Gerber, Präsident, Bahn-
hofstrasse 10, 2544 Bettlach